

Aktenzeichen:	66
federführendes Amt:	66 Amt für Straßenbau und Verkehr
Antragsteller:	66

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Verkehrsausschuss	15.02.2018	
Verkehrsausschuss	17.05.2018	
Kreisausschuss	07.06.2018	
Kreistag	21.06.2018	

Regionales Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept (ReMoVe);

Beschlussvorschlag:

1. Auf Ebene des StadtUmlandNetzwerkes soll ein regionales Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept (ReMoVe) aufgestellt werden, das neben dem Gebiet des Rhein-Erft-Kreises auch die Gebiete der Gemeinde Rommerskirchen und der Stadt Dormagen sowie das Gebiet der Stadt Köln westlich des Militärrings umfasst.
2. Die Verkehrsentwicklungsplanung des Kreises soll zukünftig in dieses regionale Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept integriert werden; der Verkehrsentwicklungsplan in seiner bisherigen Form wird nicht fortgeschrieben. Mit den im ReMoVe dargestellten Entwicklungszielen soll auf die Maßnahmen- und Finanzplanung aller Straßen- und Schienenbaulastträger maßgeblich Einfluss genommen werden, damit die Mobilität in der Stadtregion Köln nachhaltig sichergestellt und die Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann. Über die Handlungsstrategien und Verkehrsinfrastrukturprojekte, die in die Zuständigkeit des Rhein-Erft-Kreises fallen, ist danach im Rahmen der Haushaltsplanberatungen konkret zu entscheiden.
3. Die Eckdaten für das ReMoVe sollen in einem zwischen allen Beteiligten abgestimmten regionalen Verkehrsleitbild festgelegt werden. Hierbei soll es sich um ein weitreichendes strategisches Leitkonzept handeln, das von allen beteiligten Gebietskörperschaften beschlossen werden soll. Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an den Verkehrsleitbildentwurf eine Verwaltungsvereinbarung zur Erstellung eines ReMoVe abzustimmen und diese dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen (bei dem Verkehrsleitbild handelt es sich um ein weitreichendes strategisches Leitkonzept, das vom Kreistag, unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Ressourcen gem. § 26 Abs. 1 lit. t der Kreisordnung zur Verfügung stehen, zu beschließen ist).

Sachdarstellung:

Problem:

Die bestehende Straßen- und Schienenverkehrsinfrastruktur wird den kontinuierlich steigenden Mobilitätsbedürfnissen in der Stadtregion Köln schon seit den 1980er Jahren nicht mehr vollumfänglich gerecht. Die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur hat zu einer jahrzehntelangen Vernachlässigung weiter Teile des Straßen- und Schienennetzes geführt, die sich nun in einem überproportional hohen Investitionsbedarf für den Erhalt und den Ausbau sowie in einem hohen Mehraufwand bei der Infrastrukturunterhaltung niederschlägt. Wegen fehlender Finanzressourcen konnte auch der ÖPNV nicht bedarfsgerecht ausgeweitet und fortentwickelt werden. Folge der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Aufgaben im Mobilitäts- und Verkehrsinfrastruktursektor sind überlastete Straßen und Schienenwege, überfüllte Busse und Bahnen sowie zahlreiche Baustellen im Straßen- und Schienennetz, die die Kapazität der gesamten Verkehrsinfrastruktur zusätzlich mindern und zu wachsendem Unmut bei den Nutzern führt.

Während sich das Bundes- und Kreisstraßennetz noch in einem vergleichsweise guten Zustand befindet, weil für den Erhalt und Unterhalt der Fahrbahnen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhebliche Mittel eingesetzt worden sind, zeigt sich beim Zustand vieler Landesstraßen, zu welchen Folgen eine langjährige Unterfinanzierung führen kann. Besonders problematisch ist, dass in den letzten Jahren im Rhein-Erft-Kreis die Mehrzahl der Bundesstraßen zu Landesstraßen und viele Landesstraßen zu Kreisstraßen abgestuft worden sind. Auf diesen Strecken besteht zum Teil erheblicher Sanierungsbedarf. Dieser führt zu einem erhöhten Mittelbedarf für den kleineren Um- und Ausbau.

Da die Mehrzahl der Kreisstraßen in den 1960er und 1970er Jahren neu gebaut bzw. ausgebaut worden sind, wird der Investitionsbedarf für die grundlegende Erneuerung in den nächsten Jahren steigen, weil der vergleichsweise gute Straßenzustand auf vielen Streckenabschnitten wegen ihres Alters mit Maßnahmen des kleineren Um- und Ausbaus nicht mehr zu halten sein wird. Hinzu kommt, dass auf Grund des deutlich gestiegenen Verkehrsaufkommens viele Knotenpunkte in den Verkehrsspitzenzeiten überlastet sind und deshalb zeitnah ausgebaut werden müssen.

Auch der Zustand der Schienenverkehrsinfrastruktur hat unter der jahrzehntelangen Unterfinanzierung gelitten. Dies gilt vor allem für das Streckennetz des schienengebundenen Nahverkehrs, dessen Erweiterung außerhalb der Kölner Stadtgrenzen nahezu vollständig zum Erliegen gekommen ist.

In der Vergangenheit haben die Straßen- und Schienenbaulastträger ihre Maßnahmen überwiegend unabhängig voneinander projektiert und umgesetzt. Oftmals wurden auch Großbaustellen nicht so miteinander koordiniert, dass der Verkehrsfluss insgesamt noch auf einem verträglichen Niveau gewährleistet war. Die Projekte der einzelnen regionalen Akteure sollten dringend zusammengeführt, gebündelt und koordiniert werden, da die Maßnahmen ansonsten bei den Nutzern, sowohl von den Pendlern als auch von der Wirtschaft, keinerlei Akzeptanz mehr finden.

Im Interesse der nachhaltigen Sicherstellung der Mobilität im Kölner Westen und den linksrheinischen Kölner Nachbarkommunen bedarf es aus Sicht der Verwaltung dringend eines regionalen Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzeptes (ReMoVe) über alle administrativen Grenzen und Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure des Straßen- und Schienenverkehrs hinweg.

Am 20.03.2017 haben die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, der Landrat des Rhein-Erft-Kreises sowie die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte, der Stadt Dormagen und der Gemeinde Rommerskirchen eine Charta unterzeichnet, die gemeinsame Zukunftsziele des StadtUmland-Netzwerkes (S.U.N.) unter dem Leitbild „zusammen WACHSEN“ enthält. Die Akteure des S.U.N. se-

hen das Zukunftskonzept als bedeutenden Schritt auf dem gemeinsamen Weg zu einer schlagkräftigen Zusammenarbeit.

Die Unterzeichner der Charta beabsichtigen u.a., die Attraktivität der Stadtregion als Wirtschaftsstandort für Unternehmen und als Raum zum Leben und Arbeiten zu fördern, gemeinsam multimodale, bedarfsgerechte Mobilitätskonzepte im Einklang mit der dynamischen Siedlungsentwicklung zu konzipieren und für eine ressourcenschonende, klimaschützende und nachhaltige Entwicklung einzutreten.

Zur Erreichung dieser strategischen Ziele sollen Schlüsselprojekte in verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern identifiziert und angegangen werden. Eines dieser strategischen Schlüsselprojekte ist die Initiierung eines interkommunalen Mobilitätskonzeptes für das S.U.N..

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.03.2018 das Zukunftskonzept des StadtUmlandNetzwerkes (S.U.N.) als wichtige Aufgabe auf dem Weg zu einer gestärkten Zusammenarbeit in der Stadtregion Köln zu Kenntnis genommen und die Verwaltung u.a. beauftragt, die Umsetzung der im Zukunftskonzept gemeinsam erarbeiteten Strategien und Schlüsselprojekte langfristig zu verfolgen und geeignete Möglichkeiten zur Projektrealisierung und –finanzierung auszuloten (Drs.-Nr. 425/ 2017).

Die Verwaltung hatte in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 19.09.2017 anhand einer Power-Point-Präsentation darüber berichtet, dass auf Ebene der Fachverwaltungen im S.U.N. Überlegungen bestehen, ein regionales Mobilitätskonzept zu erarbeiten, das die gesamte linksrheinische Stadtregion Köln (Rhein-Erft-Kreis, Gemeinde Rommerskirchen, Stadt Dormagen und Stadt Köln bis zum Militärring) umfasst.

Da ein solches regionales Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept (ReMoVe) den Untersuchungsumfang eines Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) vollständig beinhaltet, darüber hinaus jedoch weitere regional relevante Themenfelder, wie z.B. „Schiene“ und „Mobilstationen“ beinhalten soll, ist zu entscheiden, ob der klassische VEP des Rhein-Erft-Kreises fortgeschrieben oder die Verkehrsentwicklungsplanung des Kreises zukünftig in einem regionalen Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept aufgehen soll.

Im Kreishaushalt stehen im Jahr 2018 für die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) 100.000 EUR zur Verfügung. Bei einer Entscheidung zugunsten einer Integration der Verkehrsentwicklungsplanung in das ReMoVe könnten die für die Fortschreibung des VEP zur Verfügung stehenden Mittel zur Mitfinanzierung des ReMoVe verwendet werden. Der Rhein-Erft-Kreis ist weder zur Fortschreibung des VEP noch zur Erstellung eines ReMoVe verpflichtet; es handelt sich in beiden Fällen um eine freiwillige Aufgabe.

Lösung:

Die Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen und der Stadt Dormagen haben bereits ihr Interesse an einem interkommunalen Mobilitätskonzept bekundet; der Rhein-Kreis-Neuss sowie die Stadt Köln unterstützen das Vorhaben ebenfalls.

Aus verkehrsfachlicher Sicht empfiehlt die Verwaltung deshalb,

- auf Ebene des S.U.N. einen Grundsatzbeschluss für ein regionales Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept (ReMoVe) aufzustellen, das neben dem Gebiet des Rhein-Erft-Kreises auch die Gebiete der Gemeinde Rommerskirchen und der Stadt Dormagen sowie das Gebiet der Stadt Köln bis zum Militärrings umfasst.
- den Verkehrsentwicklungsplan des Kreises nicht fortzuschreiben, sondern die Verkehrsentwicklungsplanung zukünftig in das ReMoVe zu integrieren.

- im ReMoVe die Entwicklungsziele für die Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung zu definieren und hieraus Handlungsstrategien und konkrete Verkehrsinfrastrukturprojekte abzuleiten, die sich dann in der Maßnahmen- und Finanzplanung der verschiedenen Straßen- und Schienenbaulastträger niederschlagen. Über die Handlungsstrategien und Verkehrsinfrastrukturprojekte, die in die Zuständigkeit des Rhein-Erft-Kreises fallen, ist anschließend im Rahmen der Haushaltsplanberatungen konkret zu entscheiden.
- auf die Maßnahmen- und Finanzplanung anderer Straßen- und Schienenbaulastträger im Sinne der im ReMoVe definierten Entwicklungsziele maßgeblich Einfluss zu nehmen, damit die Mobilität nachhaltig sichergestellt und die Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann.
- auf die anderen Projektpartner mit dem Entwurf des in der Anlage beigefügten Verkehrsleitbildes zuzugehen und einen Verwaltungsvereinbarungsentwurf über das weitere Vorgehen abzustimmen und
- diesen den zuständigen Gremien des Kreises zur Beschlussfassung vorzulegen (die Ausführungen im Verkehrsleitbild zum Straßenzustand beziehen sich auf das Straßennetz im Rhein-Erft-Kreis im Allgemeinen, jedoch nicht auf die Kreisstraßen, die sich in der Baulast des Rhein-Erft-Kreises befinden).

Mit dem regionalen Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept würde mit einem ersten S.U.N.-Schlüsselprojekt bereits die regionale Zusammenarbeit in einem Handlungsfeld angestoßen, das für die Zukunftsfähigkeit der Region von zentraler Bedeutung ist.

Ausblick:

Nach entsprechender Beschlussfassung in den zuständigen Gremien aller Vereinbarungspartner könnte die Verwaltungsvereinbarung voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2018 abgeschlossen, im ersten Halbjahr 2019 dann eine Szenariendiskussion durchgeführt und Ende 2019 ein gemeinsames Zielszenario sowie ein endgültiges konkretes Arbeitsprogramm für das ReMoVe im Kreistag verabschiedet werden. Anfang 2020 würde, unter der Voraussetzung, dass die erforderlichen Personal- und Sachressourcen gem. § 26 Abs. 1 lit. t der Kreisordnung zur Verfügung stehen, das Vergabeverfahren für ein ReMoVe gestartet und voraussichtlich Mitte 2020 der Auftrag an einen Gutachter erteilt.

Parallel zur Erstellung des ReMoVe wird die Verwaltung weiterhin darauf hinwirken, dass die im VEP beschlossenen Infrastrukturmaßnahmen anderer Baulastträger sowie die eigenen Infrastrukturvorhaben kontinuierlich weiter vorangetrieben und umgesetzt werden. Überdies wird die Verwaltung das Kreisstraßennetz auch in Zukunft in einem guten Straßenzustand erhalten und abschnittsweise ertüchtigen und ausbauen.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

Ob und ggf. in welcher Höhe die für die Verkehrsentwicklungsplanung 2018 zur Verfügung stehenden Mittel kassenwirksam werden, hängt vom Projektfortschritt des ReMoVe ab. Bei einer Vergabe Anfang 2019 würde die Verwaltung im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2019 entsprechende Haushaltsmittel für die Jahre 2019 ff. beim Produkt 12.542.01, Sachkonto 5431700/ 7431700 „Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten“ für das regionale Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept berücksichtigen.

Das ReMoVe zielt im Wesentlichen darauf ab, auf die Prioritäten aller in der Stadtregion tätigen Infrastrukturverantwortlichen im Interesse des S.U.N. einzuwirken und die Akteure dazu zu veranlassen, dringend notwendige Maßnahmen beschleunigt umzusetzen, ohne das linksrheinische

Kölner Umland in einem Baustellenchaos versinken zu lassen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen belastet den Rhein-Erft-Kreis finanziell nicht.

Das ReMoVe wird darüber hinaus auch Vorhaben enthalten, für die der Rhein-Erft-Kreis zuständig ist und zu Lasten der Kreiskasse umzusetzen sind. Über diese Vorhaben ist im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen zu entscheiden; das Verfahren entspricht der langjährigen Praxis im Zuge der Verkehrsentwicklungsplanung.

Bergheim, 19.04.2018

Michael Kreuzberg
Landrat

BESCHLUSS

der 17. Sitzung des Kreistages

vom Donnerstag, den 21.06.2018 um 17:09 Uhr

13	Regionales Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept (ReMoVe);	419/2017
	Verkehrsausschuss	15.02.2018
	Verkehrsausschuss	17.05.2018
	Kreisausschuss	07.06.2018
	Kreistag	21.06.2018
		Abgesetzt
		Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
		Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
		Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Beschluss:

1. Auf Ebene des StadtUmlandNetzwerkes soll ein regionales Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept (ReMoVe) aufgestellt werden, das neben dem Gebiet des Rhein-Erft-Kreises auch die Gebiete der Gemeinde Rommerskirchen und der Stadt Dormagen sowie das Gebiet der Stadt Köln westlich des Militärrings umfasst.
2. Die Verkehrsentwicklungsplanung des Kreises soll zukünftig in dieses regionale Mobilitäts- und Verkehrsinfrastrukturkonzept integriert werden; der Verkehrsentwicklungsplan in seiner bisherigen Form wird nicht fortgeschrieben. Mit den im ReMoVe dargestellten Entwicklungszielen soll auf die Maßnahmen- und Finanzplanung aller Straßen- und Schienenbaulastträger maßgeblich Einfluss genommen werden, damit die Mobilität in der Stadtregion Köln nachhaltig sichergestellt und die Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann. Über die Handlungsstrategien und Verkehrsinfrastrukturprojekte, die in die Zuständigkeit des Rhein-Erft-Kreises fallen, ist danach im Rahmen der Haushaltsplanberatungen konkret zu entscheiden.
3. Die Eckdaten für das ReMoVe sollen in einem zwischen allen Beteiligten abgestimmten regionalen Verkehrsleitbild festgelegt werden. Hierbei soll es sich um ein weitreichendes strategisches Leitkonzept handeln, das von allen beteiligten Gebietskörperschaften beschlossen werden soll. Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an den Verkehrsleitbild-entwurf eine Verwaltungsvereinbarung zur Erstellung eines ReMoVe abzustimmen und diese dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen (bei dem Verkehrsleitbild handelt es sich um ein weitreichendes strategisches Leitkonzept, das vom Kreistag, unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Ressourcen gem. § 26 Abs. 1 lit. t der Kreisordnung zur Verfügung stehen, zu beschließen ist).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)